

# „Es gab skeptische Stimmen“

Die **Bezirksgemeinschaft Eisacktal** hat vor Jahren ein Projekt zur Ausstattung der Straßen mit **Kameras** in Angriff genommen, aber nicht mehr vorangetrieben. Präsident **Walter Baumgartner** über die Gründe – und die Lösung, die jetzt angepeilt wird.

**Tageszeitung:** *Herr Baumgartner, nach den Einbruchserien wird die Forderung nach Kameras an den Ortseingängen wieder lauter...*

**Walter Baumgartner:** Solche Forderungen kommen immer, wenn Einbruchserien auftreten. Und auch dieses Mal haben sich die betroffenen und umliegenden Gemeindeverwalter gemeldet. Aber wenn dann ein bis zwei Jahre lang nur mehr vereinzelt Einbrüche zu verzeichnen sind, überwiegend wieder die Stimmen, die der ständigen Überwachung skeptisch gegenüberstehen. Das ist auch der Grund, warum wir im Eisacktal kein fertiges Projekt

vorliegen haben.

*Das Projekt wurde schon vor Jahren in Angriff genommen...*

Das Projekt wurde nicht mehr intensiv weiterbetrieben, weil mehrere Gemeinden der Überwachung sehr skeptisch gegenüberstanden und andere bereits eigene Systeme installiert hatten. Die einzige Bezirksgemeinschaft, die bisher das Projekt umgesetzt hat, ist die Bezirksgemeinschaft Überetsch/Unterland. Diese hat damals eine Sonderfinanzierung erhalten, das Land hat 50 Prozent der Kosten für das Pilotprojekt übernommen.

Das Projekt ist 2016 gestartet, die



Walter Baumgartner

letzten vorgesehenen Kameras wurden 2022 installiert. In Folge haben auch andere Bezirksgemeinschaften, wie der Vinschgau, Salten-Schlern und das Pustertal, Projekte ausgearbeitet, wir haben dies nicht getan.

**Und jetzt?**

Unseren Informationen zufolge wird nun das Land die Hauptverkehrsadern mit Kameras ausstatten, um den Verkehrsfluss zu analysieren und überwachen, ähnlich wie bei den Pässen. Das Land bereitet derzeit die Ausschreibung für die professionellen Systeme

und die Software zur Kenntafelerkennung vor. Der Server wird bei der Informatik AG angesiedelt, alle delegierten Personen, wie Ordnungskräfte, Bürgermeister usw. sollen auf die Aufzeichnungen Zugriff haben. Die Gemeinden können sich an der Ausschreibung beteiligen und zusätzlich zu den bereits vorgesehenen Standorten im Talboden weitere Kameras entlang ihrer Straßen einfordern. Die Gemeinden könnten somit die Landessoftware und den Server nutzen. Die Bezirksgemeinschaften sind jetzt nur mehr koordinierend tätig.

**Wann wird die Ausschreibung erfolgen?**

Die Ausschreibung wurde bereits mehrmals aufgeschoben. Noch sind einige Abklärungen zu tätigen. Das System würde aber Sinn machen, zumal dann nur mehr eine Vereinbarung für ganz Südtirol mit dem Regierungskommissariat verabschiedet werden müsste. Diese Prozedur ist sehr aufwendig.

---

Interview: Erna Egger